

Öffnungszeiten in den Kindergärten: Erneute Bedarfserhebung unter allen Lavamünder Eltern

Der Gemeinderat tagte: Mit einem Plus von 68.000 Euro schloss die Marktgemeinde Lavamünd das Vorjahr ab. Eine lange Diskussion gab es um die Öffnungszeiten der Kindergärten in Lavamünd und Ettendorf. Eine Flut von Anträgen läutete für viele den Wahlkampf ein.

Von Simone Jäger
jaeger@unterkaerntner.at

LAVAMÜND. Eine langwierige Gemeinderatssitzung ging am vergangenen Freitag, 29. Mai, in Lavamünd über die Bühne. Für Diskussionen sorgte vor allem der selbstständige Antrag von SPÖ-Gemeinderätin Margareta Hartl bezüglich der Einrichtung eines Ganztageskindergartens in Ettendorf und Lavamünd. Bis dato sind die Öffnungszeiten in Lavamünd von 6.45 bis 16.30 Uhr und in Ettendorf von 6.45 bis 13 Uhr. Zwei Ettendorfer Kinder besuchen nach 13 Uhr noch die Kindertagesstätte (KITA) der LKH Zweige, die sich im selben Gebäude befindet, damit sie länger betreut werden können. Die Betreuung in der KITA richtet sich jedoch eigentlich an Kleinkinder im Alter von ein bis drei Jahren.

Hartl, die selbst berufstätige Mutter von zwei Kindern ist, fordert eine Ausweitung der Öffnungszeiten der Kindergärten auf 6 bis 18 Uhr: »Einige Kinder werden in Nachbargemeinden betreut. Wir sollten uns anpassen. Wenn das Angebot da ist, würden es Eltern auch in Anspruch nehmen.«

»Bedarf nicht gegeben«

Eine Bedarfserhebung unter Eltern von Kindergartenkindern an beiden Standorten habe jedoch ergeben, dass kein Bedarf bestehe. »Der Bedarf ist nicht da. Eine Ausweitung der Zeiten ginge nur mit einer Neuanstellung, und das ist aus finanzieller Sicht nicht gerechtfertigt«, erklärte der zuständige Referent Raphael Golez (SPÖ).

Kritik an der Bedarfserhebung gab es aus den eigenen Reihen.



Mit ihrem Antrag auf Ausweitung der Öffnungszeiten der Kindergärten in Ettendorf (großes Bild) und Lavamünd sorgte SPÖ-Gemeinderätin Margareta Hartl (Bild rechts) für eine lange Diskussion.



Fotos: Jäger, UN-Archiv

SPÖ-Gemeinderat Hartwig Grubelnig kritisierte, dass jene Eltern, deren Kinder an anderen Orten betreut werden, in der Erhebung gar nicht erfasst wurden. Hartl appellierte, dass man »zukunfts- und nicht bedarfsorientiert« denken müsse. Schließlich wurde mit vier Gegenstimmen beschlossen, dass es derzeit in Lavamünd und Ettendorf zu keinen Änderungen der Öffnungszeiten kommt, jedoch über die Gemeindezeitung eine erneute Befragung stattfinden soll, die sich an alle Eltern richtet.

Vor der Diskussion um die Kindergärten (Tagesordnungspunkt 20) wurde auch der Rechnungsabschluss 2019 bekannt gegeben. Die Marktgemeinde Lavamünd erzielte im Vorjahr einen Überschuss von knapp 68.000 Euro. Der Übertrag auf das heurige Jahr im Rahmen eines ersten Nachtrags-

voranschlags verschiebt sich coronabedingt auf Herbst. Die Kindergartenbeiträge werden aufgrund der Coronakrise von März bis Mai 2020 nur zu fünfzig Prozent eingehoben, für die schulische Tagesbetreuung wird in dieser Zeit nur ein Euro verlangt.

»Wir sollten uns anpassen. Wenn das Angebot da ist, würden es Eltern auch in Anspruch nehmen«

Margareta Hartl
SPÖ-Gemeinderätin

Nach dem Ende der offiziellen Tagesordnung ging es munter weiter. Fünf Anträge, zwei Dringlichkeitsanträge und drei Anfragen, landeten noch auf dem Tisch

von Bürgermeister Josef Ruthardt (SPÖ), was für viele Gemeinderäte bereits als untrüglicher Hinweis auf den bevorstehenden Wahlkampf galt.

Bei den Anträgen am aktivsten waren die beiden FPÖ-Mandatare Ingo Fischer und Harald Riegler. Sie forderten die Überprüfung aller Sitzbänke in der Marktgemeinde, die Unterstützung von Betrieben in der Coronakrise mittels Gutscheinen, gemeinsam mit der ÖVP-Fraktion die Offenlegung von Lavamünds Finanzdaten über die Website www.offenerhaushalt.at und gemeinsam mit dem parteilosen Mandatar Johann Brenner die Einführung eines Schulstartgelds in Form von Gutscheinen. Alle Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. Die beiden Dringlichkeitsanträge kamen von der SPÖ-Fraktion. Einer betraf eine Resolution an die Bun-

desregierung bezüglich »Kommunaler Rettungsschirm« und der zweite die Ausweitung des Schulspargels. Grund für den zweiten Antrag (dem, im Gegensatz zum ersten, die Dringlichkeit mit 20:2 Stimmen zuerkannt wurde) war der Wunsch von Eltern, fünf Kinder aus Schwabegg (Gemeinde Neuhaus) die NMS Lavamünd besuchen zu lassen. »Dieser Wunsch wurde vom Schulgemeindevorstand Völkermarkt abgelehnt, obwohl der Besuch der NMS Bleiburg für die Kinder sieben Stunden mehr Fahrt- und Wartezeit pro Woche bedeuten würde«, erklärte Golez. Die SPÖ fordert eine Neuzuweisung der Gemeinden Neuhaus und St. Georgen zum Schulspargel Lavamünd. »Ich sehe da nicht viel Licht für eine Änderung«, sagte Vizebürgermeister Erich Pachler (ÖVP), der dem Antrag trotzdem »viel Erfolg« wünschte.

Facebook-Posting nach Gemeinderatssitzung sorgt für Wirbel

Von Simone Jäger
jaeger@unterkaerntner.at

ST. PAUL. Vergangenen Donnerstag tagte der St. Pauler Gemeinderat. Auf telefonische Nachfrage der *Unterkärntner Nachrichten* gab Bürgermeister Hermann Primus (SPÖ) am Freitag Auskunft über die wesentlichen Beschlüsse. So erzielte die Marktgemeinde im Vorjahr einen Überschuss von 679.000 Euro. Ebenso wie in Lavamünd (siehe Artikel oben) wurden die Kindergartenbeiträge aufgrund der Coronakrise von März bis Mai 2020 um 50 Prozent reduziert, für den Hort wird in dieser Zeit nur ein Euro pro Monat und Kind fällig. Im Erlebnisbad bleiben die Tarife (Tageskarte 3,50 Euro, Kinder von sechs bis 15 Jahren 1,50 Euro) gleich. »Die Tarife sind seit 2011 unverändert«, so Primus.

Die Gemeindefinanzhäuser in der Schießstattstraße 14 und 16 erhalten um 528.000 Euro eine thermische Sanierung, neue Fenster und Eingangsportale und neue Elektroinstallationen: »Wenn

möglich, möchten wir mit den Arbeiten noch im Sommer beginnen.« Asphaltiert werden die teilweise neu trassierte Koglerstraße und die Sternbergstraße.

Ein wesentlicher Punkt war das Übereinkommen zwischen der ÖBB Infrastruktur AG und der Marktgemeinde St. Paul bezüglich der Wasser- und -entsorgung für den HL-Bahnhof. »Bis August 2023 entsteht ein Hochbehälter mit 600.000 Litern Fassungsvermögen in Stadling«, erklärt Primus. Aus diesem werden die Wohngebiete Hundsdorf, Stadling und Winkling sowie der Bahnhof mit Trinkwasser versorgt. Die Kosten belaufen sich auf insgesamt 1,1 Millionen Euro, an denen sich die ÖBB beteiligen. Soweit die Tagesordnung.

Bürgermeistervor Gericht?

Am Freitagabend postete Gemeinderat und Kontrollausschussobmann Karl Schwabe (ÖVP) auf Facebook, dass in der vergangenen Sitzung des Kontrollausschusses die Vertreter der Liste »Zukunft St.

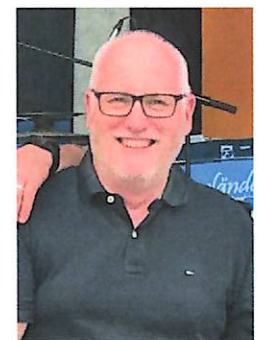
Paul – Adi Streit« (ZAS) den Antrag stellten, dass Bürgermeister Hermann Primus seine Dienstfahrten genauer deklarieren muss, ansonsten behalte man sich zivilrechtliche Schritte vor.

»Gespräch Landesregierung«

»Als Grund für diese Fahrten gibt der Bürgermeister »Gespräch Landesregierung« an. Manchmal steht auch die Abteilung dabei, manchmal nicht«, so Schwabe in seinem Posting. Pro Fahrt, die etwa alle zwei Wochen stattfindet, werden dem Bürgermeister 47,04 Euro überwiesen. Der Kontrollausschuss lehnte den Antrag mit 5:2 Stimmen ab. »Es gibt dazu auch eine Rechtsauskunft der Gemeindeaufsicht, die von Adi Streits Mitstreitern anders aufgefasst wurde, als vom Rest des Kontrollausschusses«, so Schwabe zu den *Unterkärntner Nachrichten*. »Der Bürgermeister verrechnet innerhalb der Gemeinde überhaupt keine Kilometer. Der Antrag hat für mich nichts mehr mit Transparenz zu tun, sondern ist 1-Tüpfel-Reiterei.«



Vbgm. Adi Streit (ZAS) sieht das FB-Posting von ÖVP-GR Karl Schwabe (Bild rechts) als »aus dem Zusammenhang gerissen«.



Jäger, KK

Im Gemeinderat sorgte Schwabes Bericht für einige Diskussionen. Vizebürgermeister Adi Streit dazu: »Zu dem Facebook-Posting gebe ich keinen Kommentar ab. Es ist völlig aus dem Zusammenhang gerissen. Ich möchte daran erinnern, dass bereits im Vorjahr im Kontrollausschuss einstimmig beschlossen wurde, dass der gesamte

Gemeindevorstand dazu aufgefordert ist, den Zweck von Reisen und die Gesprächspartner anzuführen.« Er betont, dass er selbst nicht Mitglied des Kontrollausschusses ist und er bei der besagten Sitzung als Zuhörer anwesend war.

Bürgermeister Hermann Primus war für ein Statement nicht erreichbar.